

## Gesetzte Maßstäbe nie selbst gelebt

Von Wilhelm v. Gottberg

Weshalb ist Christian Wulff im höchsten Staatsamt gescheitert? Es waren nicht die Medien, die ihn mit dieser oder jener Enttüllungs geschichte zu Fall brachten. Es war auch nicht seine mangelnde Distanz zum politischen Tagesgeschäft, die ihn scheitern ließ, wie zum Beispiel seine unangemessenen Einlassungen zu Thilo Sarrazin oder zum Libyen-Konflikt. Wulff scheiterte im höchsten Staatsamt, weil er weder die intellektuelle noch die moralische Qualität besaß, die das Amt des Bundespräsidenten erfordert.

Der zurückgetretene Bundespräsident forderte von den Spitzen

der politischen Klasse zu Recht Vorbildfunktion. Er selbst ist in seiner gesamten politischen Karriere diesem Maßstab nie gerecht geworden. Opportunismus, Pragmatismus und Ehrgeiz waren die bestimmenden Kennzeichen für Wulffs politisches Handeln.

Seine Stationen: Bundesvorsitzender der Schülerunion, Bundesvorsitzender der Jungen Union. Bereits als halberwachsender Jüngling Mitglied im Bundesvorstand der Union. Liegt hier bereits ein wichtiger Grund für das spätere Scheitern? Es ist gesicherte Erkenntnis, dass Personen, die sehr jung in Spitzenpositionen gelangen, sehr rasch die Bodenhaftung verlieren. Wulff hatte als Ministerpräsident und als Staatsoberhaupt den Bezug zur Realität verloren.

Ungewöhnlich auch, dass ein Mann, der zweimal als Spitzenkandidat bei der Landtagswahl unterlag, ein drittes Mal antreten durfte. Er obsiegte, nicht aufgrund seiner Qualität, sondern weil die vorangegangenen Ministerpräsidenten der SPD Gerhard Glogowski und Sigmund Gabriel bemerkenswert schwach waren. Einflussreiche Kreise haben zu Beginn der 90er Jahre Wulff gefördert. Sie versprachen sich etwas von dem jungen Mann. Neben reichen Freunden waren es der politische Katholizismus, die Industrie aus dem

Großraum Osnabrück und die Spitze der Landes-CDU. Ungewöhnlich, dass man 1993 Wulff zum Landesvorsitzenden der CDU machte, obwohl er bis dahin nur ein Kreistagsmandat besaß. Wulff wurde zum großen Hoffnungsträger hochstilisiert. Seine wohlhabenden Freunde befeuert diesen Prozess durch die Herausgabe entsprechender Publikationen, wie „Christian Wulff – die Biografie“ von Armin Fuhrer.

Typisch für Wulff sein Umgang mit seinem engsten Vertrauten Olaf Glaeseker. Dem Mann, ein Medienprofi durch und durch, hat Wulff sehr viel zu verdanken. Nicht von ungefähr nahm Wulff ihn aus Hannover mit in das Schloss Bellevue. Als es eng wurde, entließ er ihn, um mit diesem Bauernopfer vom eigenen Fehlverhalten abzulenken.

Er sei immer aufrichtig gewesen, ließ Wulff in seiner Rücktrittserklärung verlauten. Wir haben das anders erlebt.

### Wulffs Eimischung im Fall Sarrazin war unangemessen

## Ein Sieg der Bürger

Von Vera Lengsfeld

Die Nominierung von Joachim Gauck ist ein klarer Sieg der Bürger über die vermeintliche Allmacht der Politik. Ohne den öffentlichen Druck hätte die Kandidatenfindung am Sonntagabend im Kanzleramt ein anderes Ergebnis gehabt.

Rot-Grün hatte Joachim Gauck schon 2010 nominiert, als sicher war, dass er nicht gewählt wird. Wer die damalige spontane Bürger-Kampagne für Gauck mitgemacht hat, weiß, dass sich die Unterstützung der Parteifunktionäre in engen Grenzen hielt. Es waren damals die Wähler, die in den sozialen Netzwerken und auf der Straße für Gauck mobilisiert haben und erreichten, dass er von einer Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wurde. Das führte auf die Bundesversammlung ab. Immerhin benötigte der von Bundeskanzlerin Angela Merkel favorisierte Christian Wulff drei Wahlgänge, um sich durchzusetzen. Zum Schaden für unser

Land, wie sich herausstellte. Nach Wulffs Abgang war die politische Klasse hektisch bemüht, so schnell wie möglich „business as usual“ herzustellen. SPD und Grüne machten sich keineswegs für Gauck stark, sondern stellten Bedingungen für einen „Allparteienvorschlag“, die andere Kandidaten möglich gemacht hätten. Vorschläge zuhauf wurden ins Gespräch gebracht und sofort in den Medien breit publiziert, bis hin zur grünen Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt. Die Personalie Gauck sollte dahinter verschwinden. Das war eine Fehlkalkulation.

Die Bürger ließen sich nicht beirren und machten in jeder Umfrage klar, dass Gauck ihr Favorit ist. Als erste hat die FDP das mit der Hellsichtigkeit eines Ertrinkenden realisiert und sich

hinter Gauck gestellt. Das war für die Partei die einzige Möglichkeit, bei den Gesprächen im Kanzleramt eine Rolle zu spielen. Sogar die entscheidende, denn mit ihrer Entscheidung für Gauck hatte sich die FDP alle

Trümpfe in die Hand gespielt. SPD und Grüne, die am Nachmittag noch durchsickern ließen, dass sie sich eine Wahl von Klaus

Töpfer vorstellen könnten, mussten sich hinter ihren früheren Kandidaten stellen, sonst hätten sie sich unglaublich gemacht. Die CDU/CSU, die zur gleichen Zeit noch signalisiert hatte, dass sie alle möglichen Personen, nur nicht Gauck, wolle, musste einknicken. Mit welchem Argument hätte sie auch begründen wollen, dass Gauck nicht wählbar sei?

Ende gut, alles gut, wie Sigmund Gabriel bei der Pressekonferenz

zur Vorstellung des Bundespräsidentenkandidaten meint? Sicher nicht für die Kanzlerin, deren gequälte Miene nur zu deutlich machte, wie wenig gut sie die plötzlichen Grenzen ihrer Macht findet. Auch nicht für die politische Klasse insgesamt, die nur mit einem blauen Auge davongekommen ist, weil sie realisiert hat, dass sie ab und an machen muss, was die Wähler wollen.

Wie wenig ihr das gefällt, bewiesen die unbeherrschten Reaktionen, zu denen sich einige SPD- und CDU-Politiker hinreißen ließen. Die FDP habe die CDU „erpresst“, ließ zum Beispiel SPD-Ministerin Manuela Schwesig verlauten. So jammert, wer sich in die Grube fallen sieht, die er für andere gegraben hat.

Der Gewinner ist die Demokratie. Mit Gauck kommt der erste Präsident der Bürger ins höchste Amt unseres Staates. Das ist ein guter Anfang.

### SPD stürzt in die Grube, die sie für die CDU gegraben hat



Der „Fall Gauck“ zeigte Merkel ihre Grenzen auf: Der Theologe und ehemalige Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde Joachim Gauck (r.) kommt bei den Bürgern besser an als bei den Politikern

Bild: T. Silz/dapd

### Gastbeitrag

## Weißrussland im Würgegriff von Moskau?

Von KLAUS ROSE

Das Jahr 2012 bringt einige Sorgen aus dem Osten. Keine der ehemaligen Sowjetrepubliken, mit Ausnahme von Estland, Lettland und Litauen, hat den unumkehrbaren Schritt zur Demokratie vollzogen, auch Russland nicht. Hat wenigstens Wladimir Putin die richtigen Lehren aus der letzten Parlamentswahl gezogen? Erkennt er an, dass sein russisches Volk zwar einen „starken Mann“ wünscht, dass dieser aber gerecht sein muss? Hat er nur dann eine Chance bei der Präsidentenwahl im März, wenn er Fehler zugeht? Oder muss er gar ein außenpolitisches Spektakel organisieren, um im Inneren als Held dazustehen? Etwas Weißrussland noch abhängiger machen?

Anders als in Deutschland haben in Russland die politischen Führer für ihre Machtkämpfe mehr oder weniger brutale Methoden erlernt. Was sich bei der Parlamentswahl und in den Wochen danach abgespielt hat, versteht niemand außer „Lupenreine Demokraten“. In Gesprächen in Moskau mit einer Reihe unterschiedlicher Parteiführer spürte man jene Mischung aus Angst, Drohungen, Existenzvernichtung, Selbstbewusstsein und Zukunftshoffnung, wie sie nur in autoritären Systemen anzutreffen ist. Wer einen Tiefschlag erhält, steht wieder auf. Wer den Todesstoß versetzt, versucht diesen immer wieder – denn nur so bleibt er an der Macht. In Russland wird man verhaftet, weggesperrt, materiell und seelisch misshandelt. Wahr ist aber auch: Der materielle Wohlstand ist nicht mehr nur auf die Nomenklatura beschränkt. Armselig wie in Sowjetzeiten lebt man in Russlands Großstädten weitgehend nicht mehr.

Wladimir Putin, der jetzige Ministerpräsident und selbstklärte künftige Staatspräsident Russlands, gibt seine Macht nicht ab. Darauf kann man wetten. Wie er die an-

stehenden Präsidentenwahlen lenkt oder manipuliert, kann man sich jetzt schon ausmalen. Ob er „Wahlgeschenke“ im Köcher hat oder Drohungen nach innen und nach außen, das wird sich zeigen. Wahrscheinlich verabreicht er Zuckerbrot und Peitsche. Außenpolitische Aktivitäten könnten die Welt in Atem halten. Dazu zählt auch der Ausbau der „Eurasischen Union“, von der Putin schon oft sprach. Ihr Zentrum wird wieder Moskau sein und ihr Ziel wird die Wiedererweckung einer geopolitischen Großmacht darstellen. Da die Ukraine nicht so leicht zu integrieren ist, bleibt Weißrussland das Hauptobjekt der Begierde. Mit wirtschaftlichem Druck, vor allem bei den überlebenswichtigen Gas- und

Öllieferungen, kennt sich Moskau bestens aus. Es besteht schon lange eine Zoll- und Verteidigungsgemeinschaft zwischen den Machthabern in Minsk und in Moskau – und dreimal darf man raten, wer der Stärkere sein wird.

Kaum eine ehemalige Sowjetrepublik bietet ein so gespenstisches Bild wie Weißrussland. Selbst Putin ist ein Waisenknabe gegen den seit über 17 Jahren herrschenden Diktator Alexander Lukaschenko. Dabei hatte die Republik Weißrussland nach 1991 die gleichen Chancen wie zum Beispiel die baltischen Staaten und die Ukraine. Es wurde zum besonderen Symbol,

dass ausgerechnet in der weißrussischen Staatsresidenz Wiskulin an der polnischen Grenze am 8. Dezember 1991 das Ende der Sowjetunion besiegelt wurde. Dort hatten sich der Präsident der weißrussischen Sowjetrepublik, Stanislaw Schuschkiwitsch, der Präsident der ukrainischen Sowjetrepublik, Leonid Krawtschuk, und der erste frei gewählte Präsident der russischen Republik, Boris Jelzin, zu Wirtschaftsberatungen getroffen. Bei einem Saunabesuch mit viel Wodka tauchte der Satz auf, dass es „die Sowjetunion eigentlich nicht mehr gibt“. Denn deren Präsident und KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow hatte nur noch auf dem Papier Macht. So musste dieser einen Telefonanruf von Schuschkiwitsch entgegennehmen, dass man die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als beendet ansehe und dass man US-Präsident George Bush informiere habe.

Gleich dachte der erste Staatschef des nun unabhängigen Weißrussland, dass die Chance zur Wiedergeburt der eigenen Geschichte auch die Chance zu eigener wirtschaftlicher Größe und Demokratie beinhaltet. Ab dem Jahr 1386 gehörte Weißrussland (Belarus) zum Großreich Polen-Litauen. 400 Jahre später, als die Erste Polnische Teilung erfolgte, verließ sich Moskau Weißrussland ein und gab es nicht mehr heraus. Nur zu Beginn der Sowjetunion, also um 1920, hatten sich Hoffnungen auf einen eigenen Staat ergeben, die aber in militärischen Kämpfen und unter Beteiligung deutscher Freikorps untergingen. Das Jahr

1991 ermöglichte also das Ende der 200-jährigen Beherrschung durch Moskau. Am 20. März 1992 erfolgte die Gründung der Streitkräfte Weißrusslands. In zähen Verhandlungen wurden alle sowjetischen Atomwaffen aus Weißrussland abgezogen. Doch Schuschkiwitsch hielt sich nicht lange. 1994 etablierte sich Alexander Lukaschenko als Nachfolger, anfangs vom Westen genauso gefördert wie der Vorgänger.

Dazu zählten auch die Unterstützung in militärischen Fragen und das Angebot der Zusammenarbeit mit der Nato. Der damalige Vorsitzende des deutschen Verteidigungsausschusses war im Frühsommer 1995 mit einer kleinen Delegation über Kiew und Moskau nach Minsk gekommen. In Gesprächen mit Politikern und Militärs und natürlich mit der Deutschen Botschaft sowie mit Medienvertretern lotete man die Chancen einer gutnachbarlichen Beziehung aus. Der Besuch in weißrussischen Garnisonen erbrachte zwar einen ernüchternden Eindruck, die Gastfreundschaft der Gesprächspartner verleitete aber zur Hoffnung. So bekam der deutsche Botschafter den Auftrag, diesen „Anfang einer künftigen vertrauensvollen Zusammenarbeit mit militärischem Austausch“ intensiv weiter zu betreiben. Ähnliches fand später in den baltischen Nachbarrepubliken statt.

Heute ist Weißrussland wieder isoliert. Mit der Russischen Föderation pflegt es zwar eine Zoll- und Verteidigungsgemeinschaft. Doch diese beinhaltet die Erlaubnis für Moskau, bei Baranawitschy, also auf weißrussischem Gebiet, eine Radarstation zur gemeinsamen Luftabwehr zu unterhalten. Es gibt seit dem 19. Dezember 1997 auch ein „Abkommen über die gemeinsame Gewährleistung regionaler Sicherheit im Militärbereich“. Das heißt nichts anderes, als dass die Verteidi-

gung Russlands wie eh und je an den Grenzen des „befreundeten Auslands“ stattfindet. Mit der Europäischen Union oder der Nato lebt Minsk fast auf Kriegsfuß, doch mit den Volksrepubliken China und Nordkorea, mit den Linksdiktaturen Kuba und Venezuela sowie mit dem Säbelrassler-Staat Iran unterhält Lukaschenko enge Kontakte. Er als ehemaliger Sowchos-Direktor, also Chef einer landwirtschaftlichen

Zwangseinheit, weiß „alte Kameraden“ zu schätzen. Sein Vorgänger an der Staatsspitze bezeichnete ihn, laut „Stern“ vom 19. Dezember 2011, als „Diktator, brutal und kaum gebildet“. Ihm komme lediglich zugeute, dass die „Sehnsucht nach einem starken Führer“ wieder sehr zugenommen habe, in Russland selbst, aber auch andernorts. Der Westen solle sich also keine Illusionen machen.

Das Jahr 2012 birgt also auch in unserer Nachbarschaft außen- und sicherheitspolitische Risiken. Berlin tut gut daran, nicht bloß auf „Kredit- und Medienaffären“ und auch nicht bloß auf die Euro-Krise zu reagieren. „Im Osten“ droht Ungemach.

Der CSU-Politiker Dr. Klaus Rose, geboren 1941, gehörte dem Bayerischen Landtag und von 1977 bis 2005 dem Bundestag an. In den Jahren 1997/98 war er Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium.

### Weißrussland hatte 1991 die gleichen Chancen wie die baltischen Staaten